

## Armutsbekämpfung mit Einnahmen der Finanztransaktionssteuer

In Deutschland und Europa wächst die Armut rasant. Durch die krisenhaften Entwicklungen der vergangenen Jahre hat sie ein erschreckendes Ausmaß angenommen, insbesondere unter Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Hier droht eine ganze Generation fast vollständig abgehängt zu werden.

So vielfältig die Gründe sind, so umfangreich können die Lösungswege sein. Prinzipiell lässt sich Armut durch strukturelle Veränderungen wie auch durch konkrete Projekte bekämpfen. Die Veränderung von Strukturen setzt an den Ursachen an und ist daher gegenüber Maßnahmen vorzuziehen, welche lediglich versuchen im Nachgang Armut abzumildern. Dennoch sind beide Ansätze wichtig und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Nur wenn beide Seiten verfolgt werden, kann Armut dauerhaft zurückgedrängt oder idealerweise beseitigt werden.

Armut kann strukturell angegangen werden und muss noch nicht einmal Steuergelder kosten. Etwa durch eine gerechtere Verteilung und Entlohnung von Erwerbsarbeit. Diese Maßnahmen würden im Gegenteil sogar die Einnahmen der Sozialversicherungen und Staatshaushalte stärken. Konkrete Projekte, z. B. für erwerbslose Jugendliche und junge Erwachsene, sollten diese Maßnahmen flankieren.

Unser deutscher Sozialstaat hat einige Schwächen, die immer sichtbarer werden. Er bietet zwar Transferleistungen für Menschen in schwierigen Lebenssituationen, die zumindest im internationalen Vergleich hoch erscheinen. Aber bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass diese Transferleistungen bei steigenden Lebenshaltungskosten (für Miete, Energie, Mobilität etc.) in immer geringerem Umfang ausreichen.

Gleichzeitig wird in Deutschland ein Bereich des Sozialstaats zunehmend vernachlässigt, der als „vorsorgender Sozialstaat“ bezeichnet werden kann. Es geht um einen Sozialstaat, der über qualitativ hochwertige Dienstleistungen und Programme präventiv fördert, die Bildung der Menschen gezielt auf- und ausbaut und ihnen hilft, für sich selbst zu sorgen und darüber hinaus eine Infrastruktur bereitstellt, die Teilhabe ermöglicht. Genau dieser Sozialstaat ist in Deutschland vergleichsweise schwach ausgebaut. Und genau hier ist in den vergangenen Jahren erheblich gekürzt und gespart worden – gerade im Zusammenhang mit dem zunehmenden Finanzierungsdruck in Folge der Finanzkrise.

Wir fordern Investitionen in den vorsorgenden Sozialstaat und seine Infrastruktur. Das bedeutet eine Investition in die Zukunft, durch die Menschen zur Teilhabe befähigt und von finanziell bedingten Existenzsorgen befreit werden.

### 1. *Bildung und Betreuung verbessern*

In diesem Bereich ist vor allem ein qualitativer Ausbau anzustreben mit Investitionen in Personal, Ausstattung, in Maßnahmen zur Inklusion, Bildung (gerechte Bildung, Bildung für Nachhaltigkeit, Elternbildung). So geht beispielsweise der Kita-Ausbau viel zu schleppend voran. Die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer sind unter anderem dafür zu verwenden, den Ausbau sicherzustellen. Mit rund zwei Milliarden Euro pro Jahr könnten bereits rund 50.000 Fachkräfte mehr finanziert werden.<sup>1</sup> Zudem ist sicherzustellen, dass es

ein kostenloses Angebot an qualitativ hochwertigen Kitas und Kindertagespflege gibt, die das Mittagessen mit einschließt.

## 2. *In den sozialen Wohnungsbau investieren*

Gerade in Ballungsgebieten fehlt bezahlbarer Wohnraum für Menschen mit geringem Einkommen. So gibt es in Deutschland nur noch 1,6 Millionen Sozialwohnungen.<sup>2</sup> Dem stehen 5,6 Millionen Haushalte mit geringem Einkommen gegenüber, die Anspruch auf eine Sozialwohnung haben. Jährlich werden es 100.000 Sozialwohnungen weniger, weil Belegungsbindungen auslaufen. Um wenigstens den Bestand zu halten, müssen jährlich mindestens 50.000 Sozialwohnungen zusätzlich gebaut und mindestens 50.000 Belegungsbindungen erworben werden.<sup>3</sup>

## 3. *Den Sozialraum erneuern*

Das bestehende und sehr erfolgreiche Programm „Soziale Stadt“, das in seiner ursprünglichen Form sehr positive Wirkungen hatte, ist wieder auszuweiten. Das Programm fördert z. B. sozial-integrative Projekte und vermindert Bildungsdefizite der Kinder gemeinsam mit den Eltern, auch von Migranten und Flüchtlingen. Mit den Mitteln aus den Einnahmen der Finanztransaktionssteuer ist eine Mittelaufstockung für das Programm zu gewährleisten und zu verstetigen.<sup>4</sup> Ebenso sind die Schulsozial- und Jugendsozialarbeit sowie die stadtteilbezogene Vernetzungsarbeit zu stärken.

## 4. *In das Übergangssystem investieren*

Nach Angaben des DGB verharren in der Gruppe der 20- bis 34-Jährigen insgesamt 2,21 Millionen Menschen ohne Berufsabschluss.<sup>5</sup> Tendenz steigend. Die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer sind heranzuziehen, um Bildungsmaßnahmen für Jugendliche ohne berufliche Perspektive sowie gezielt für obdachlose Jugendliche (ca. 24.000),<sup>6</sup> junge Flüchtlinge und Nachqualifizierungen für junge Erwachsene ohne Ausbildung (1,44 Millionen) zu finanzieren.<sup>7</sup> Insgesamt sind 0,75 Milliarden Euro in diese Präventionsmaßnahmen zu investieren.<sup>8</sup>

## 5. *Inklusion fördern*

Die Arbeitslosenquote von 10,3 Prozent unter erwerbsfähigen Menschen mit Behinderungen ist nach wie vor sehr hoch. Die Inklusion ist von Anfang an zu fördern: von Kita über Schule, barrierefreie Städte etc. Zusätzlich fordern wir die dauerhafte Unterstützung von Integrationsunternehmen sowie den Aufbau neuer Strukturen, die offen sind für Langzeitarbeitslose. Darüber hinaus sind Beratungs- und Betreuungsangebote vorzusehen.

## 6. *Gesundheitsförderung stärken*

Statistiken zeigen, dass Menschen aus ärmeren Bevölkerungsschichten ein deutlich höheres Gesundheitsrisiko haben. Da Krankheiten aber immer auch ein Armutrisiko bergen, sind entsprechende Programme zu fördern, welche die Resilienz dieser Zielgruppe, unabhängig vom Alter fördert.

---

<sup>1</sup> vgl.: <http://kita->

[kampagne.awo.org/43.html?&tx\\_ttnews%5Btt\\_news%5D=21&cHash=fa9c2521b6fe32fc1b063bbb02c4f118](http://kita-kampagne.awo.org/43.html?&tx_ttnews%5Btt_news%5D=21&cHash=fa9c2521b6fe32fc1b063bbb02c4f118)

<sup>2</sup> Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, Jan Mücke auf eine schriftliche Anfrage der Bundestagsabgeordneten Lay (31.7.2012).

<sup>3</sup> Pestel-Institut: Bedarf an Sozialwohnungen in Deutschland, Hannover 2012 im Internet unter:

[http://www.igbau.de/Binaries/Binary16374/Pestel\\_Bedarf\\_an\\_Sozialwohnungen\\_August\\_2012.pdf](http://www.igbau.de/Binaries/Binary16374/Pestel_Bedarf_an_Sozialwohnungen_August_2012.pdf)

<sup>4</sup> Auf der Grundlage der bisherigen Förderung werden hierfür schätzungsweise 250 Millionen Euro benötigt.

<sup>5</sup> Anbuhl, Matthias, „Generation abgehängt“ – Was verbirgt sich hinter den mehr als 2,2 Millionen jungen Menschen ohne Berufsabschluss? - DGB-Expertise zur Bildungsbiographie und den prekären Perspektiven der Ausbildungslosen, im Internet unter: <http://www.dgb.de/themen/++co++32d1b8f0-f2ae-11e1-8b3b-00188b4dc422>

<sup>6</sup> <http://www.bagw.de/index2.html>

<sup>7</sup> BIBB-Datenreport 2012, im Internet unter: [http://datenreport.bibb.de/html/4744.htm#tab\\_a9\\_3-1](http://datenreport.bibb.de/html/4744.htm#tab_a9_3-1)

<sup>8</sup> Unveröffentlichte Schätzung der Arbeiterwohlfahrt (AWO)